

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60 Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Feitzelle oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 107.

Sonnabend, den 10. Mai 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Chrenrettung?

Die Blätter jener Parteien, die den Militarismus für die höchste und herrlichste Blüthe der Zivilisation halten, betrachten den Freispruch von Gumbinnen mit einem heiteren und einem nassen Auge. Sie beklagen lebhaft, daß das Verbrechen ungesühnt bleibt, daß nicht ein abschreckendes Exempel an dem Mörder statuirt werden konnte. Denn sie erblicken in dem Entschlüssen des Mörders eine furchtbare Gefahr für die Disziplin, und fürchten, da er straflos ausgegangen sei, möge er Nachfolger finden, möchten noch andere an der Dynchjustiz an Soldatenqualen Geschmack finden. Womit sie, nebenbei bemerkt, über unsere Heeres-einrichtungen ein schneidend hartes Urtheil fällen, das um so herber ist, als es unbeabsichtigt ist. Aber der Freispruch läßt sich andererseits, so meinen diese Blätter, gut verwenden gegen die Kritiker der Militärstrafprozeßordnung und der ganzen Militärjustiz überhaupt. Er wird die erregte Volkstimmung besänftigen, die am Falle Marten-Hidel eine bunte Musterkarte böser Schäden der Militärjustiz studiren konnte, und die nach erhalten wurde durch die Erwägung, daß Marten trotz völlig unzureichender Verdachtsmomente zum Tode verurtheilt wurde und die Gefahr eines Justizmordes drohte. Der Freispruch wird nach der Meinung der reaktionären Presse eine Chrenrettung der Militärjustiz in der öffentlichen Meinung bedeuten und so das Weitergreifen antimilitaristischer Gesinnung verhüten, was nicht unrichtig ist, weil bei Heeres- und Marinevorlagen die Regierung in die Zwangslage gebracht werden kann, an die öffentliche Meinung, an die Wählerschaft zu appelliren.

Ganz ist diese Rechnung nicht ohne den Wirth gemacht. Ein Theil der liberalen Presse wenigstens weiß sich nicht genug zu thun im Lobe der Prozeßleitung im letzten Verfahren und deckt über die früheren Sünden dieket den Schleier. Wenn diese Blätter es nicht direkt sagen, so klingt doch die Meinung durch, daß man nach diesem Freispruch sich mit der Militärjustiz zufrieden geben könne. Diese Vertrauenslosigkeit und Kurzsichtigkeit, worin sich der mangelnde Muth der deutschen Bourgeoisie zum Kampf wider das Junkerthum erkennen läßt, ist aber nicht Sache der Sozialdemokratie.

Für uns bleibt es bestehen: der Mordprozeß von Gumbinnen, das Verfahren gegen Marten und Hidel bedeutet eine Verurtheilung der Militärjustiz überhaupt und der neuen Militärstrafprozeßordnung im besonderen. Die gesetzwidrige Verlängerung der Untersuchungshaft Hidels nach dem Freispruch der ersten Instanz, wofür noch immer keine Sühne an den Schuldigen erfolgt ist und jedenfalls auch nicht erfolgen wird, die rücksichtslose Art und Weise, in der der Gerichtsherr durch schärfste Verurtheilung des Freispruchs erster Instanz den ihm untergebenen, von ihm abhängigen, militärischen Richtern zu erkennen gab, was er von ihnen erwartete, der weitere Umstand, daß das Obergerichtsgericht diese Erwartung des Gerichtsherrn nicht enttäuschte, und der daraus resultirende dringende Verdacht, daß bei dem Finden des Urtheils die Sorge um die Disziplin unbewußt die strenge, kritische Würdigung der Verhandlungsergebnisse beeinträchtigt habe, und schließlich der weitere Umstand, daß sich im Prozeß beobachten ließ, wie der militärische Zeuge auch im Gerichtssaal das Untergebenheitsgefühl vor den Militärrichtern nicht los wird, das alles läßt sich durch den Freispruch nicht einfach auslöschen. Dieser Freispruch war ja überhaupt nur möglich, weil bei der ersten Verhandlung zweiter Instanz formale Fehler begangen wurden, weil einige der Militärrichter versehen nicht ordnungsmäßig besetzt waren. Ohne dieses Versehen wäre Marten heute nicht mehr unter den Lebenden — der Formfehler ist sein Lebensretter. Ohne diesen rettenden Engel wäre also auch die „Chrenrettung“ der Militärjustiz nicht möglich gewesen, hätte sie gar nicht einmal zeigen können, daß sie auch, wenn die gefährdete Disziplin ihren Schatten in den Gerichtssaal wirft, eine unparteiische Verhandlung und ein von den Ansichten und Erwartungen der Gerichtsherrn unbeeinflusstes Urtheil zu Stande bringen kann. Und wer sagt uns, ob hier wirklich die Militärrichter Unabhängigkeit von der Meinung des Gerichtsherrn befehlen? Der General v. Alten ist ja nicht mehr der Gerichtsherr, ein anderer trat an seine Stelle, ein anderer, der für die Sünden, die der ermordete v. Kroßigt an den Mannschaften begangen hat, der für den blutigen Bruch der Disziplin nicht verantwortlich ist und dem es daher verhältnismäßig leicht fallen konnte, der laut und unzweideutig kundgegebenen öffentlichen Meinung ein Zugeständniß zu machen. Und selbst wenn dem nicht so wäre, wenn sich die Meinung des Gerichtsherrn nicht geändert hätte — dieser Freispruch wäre noch lange keine Heidenthat. Die ihn anstammten als einen Beweis der Unabhängigkeit der Militärrichter, vergessen zweierlei, erstens, daß sie unter einem stärkeren Druck der öffentlichen Meinung standen, als ihre Vorgänger und zweitens, daß die letzte Verhandlung das Kartenhaus der Anklage noch viel gründlicher fortsetzte,

als die beiden anderen. Nicht nur, daß die Glaubwürdigkeit des Hauptzeugen Stoppel diesmal arg erschüttert wurde. Seine Befundung, er habe zwei Leute mit steifen Mühen zur Zeit des Mordes an der Bandentür stehen sehen, verlor für die Anklage jeden Werth, weil nachgewiesen wurde, daß nicht bloß Unteroffiziere, sondern auch Mannschaften solche Mühen tragen; daß die Mannschaften Mühen im Gegensatz zu den Unteroffiziersmühen keinen Schirm haben, kommt nicht in Betracht, da Stoppel die Leute von hinten gesehen hat. Und die gravirende Befundung eines anderen Zeugen vom schwarzen Schnurrbart wurde ebenfalls werthlos, nachdem durch ein Experiment an Ort und Stelle sich ergeben hatte, daß der Mann von seinem Standort aus einen braunen Vollbart nicht von einem schwarzen Schnurrbart unterscheiden konnte. Der härteste Schlag aber wurde der Anklage durch die Enthüllung über die Untersuchungsmethode des Berliner Kriminalkommissars v. Wädemann verfeßt. Dieser Herr Kommissar machte Entdeckungen um jeden Preis und schreckte dabei selbst vor dem Mittel der Einschüchterung und Bedrohung der Zeugen nicht zurück, was er vor Gericht selbst als „nicht korrekt“, aber polizeitechnisch bezeichnete. Wie viele Zeugen der Herr Kommissar durch seine famose polizeitechnische Untersuchungsmethode — natürlich immer in bester Absicht — dahin gebracht hat, das auszusagen, was er hören wollte, d. h. was ihm zur Verstärkung des von ihm erhobenen Verdachts nützlich schien, das läßt sich heute nicht mehr feststellen. Aber das ist sicher, daß bei den einfachen Dragonern, die im ehemaligen Offizier v. Wädemann natürlich auch den Vorgesetzten sahen, seine Untersuchungsmethode recht fruchtbar sein mußte. Es ist ja auch festgestellt, daß eine Reihe Zeugen, welche zuerst Stoppel belastet hatten, ihn später entlastet haben, als der Herr Kriminalkommissar die dunkle Sache in die Hand nahm.

Wenn nach allen diesen Keulenschlägen, die auf die gekünstelte Anklagebegründung niedersausten, noch eine Verurtheilung erfolgt wäre, das wäre allerdings noch schlimmer gewesen, als der Spruch des ersten Obergerichts. Hier blieb wirklich nichts anderes übrig, als die Freisprechung. Und wie ist diese Freisprechung erfolgt? Marten, zu dessen Belastung nur die absolut nichtsagenden Verdachtsmomente des Verweilens am Stande des Karabiners und des Einschmuggelns unter die Mannschaften vom Dienst blieben, wird in der Begründung als fast des Mordes überführt bezeichnet. Um ein Haar, und er wäre wieder verurtheilt worden!

Man bleibe uns vom Halse mit dieser Chrenrettung der Militärjustiz!

Politische Mundschau.

Deutschland.

Eine Reichstagsauflösung wird von dem parlamentarischen Berichterstatter der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ für den Fall angekündigt, daß die Zuckerfrage nicht noch im Hochsommer endgültig erledigt werden würde.

Fürchterliches hat sich, zum Schrecken aller „Gutgesinnten“, in Gotha begeben: Bei dem dortigen Verfassungsjubiläum fand nach dem Theater ein parlamentarisches Essen beim Oberbürgermeister Viebtrau, dem Präsidenten des vereinigten Landtages, statt, an dem der Regierungsverweser theilnahm. Mit Ausnahme der agrarischen Abgeordneten Troch und v. Wangenheim waren sämtliche neunzig Mitglieder des gothaischen Landtages erschienen, also auch die neun sozialdemokratischen. Um 10 Uhr erschien der Regierungsverweser in seiner Mittmeister-Paradeuniform der Garbedragoner, um die Brust das violette Band des Ernestinischen Hausordens. Ungefähr eine Stunde verweilte der Regent mit seiner Umgebung in der Gesellschaft und zog auch den ihm vorgestellten Reichstags- und Landtagsabgeordneten Bod in eine kurze Unterhaltung. „Der glanzvolle Besuch einer Gesellschaft, in der die Sozialdemokraten anwesend waren, durch den regierenden Landesfürsten, wird und muß überall peinliches Aufsehen erregen. An Bedeutung gewinnt dieser Vorgang noch dadurch, daß dazu die Verfassungsfeier benutzt wurde. Mit Spannung kann man der ferneren Entwicklung der Dinge im Herzogthum Gotha entgegensehen.“ So wehklagt schauernd eine Ordnungsrüge in der „Gothaischen Landeszeitung“.

Rebellion katholischer Arbeiter gegen die Centrumszöllner. Der christlich-soziale Metallarbeiterverband hat dieser Tage in Köln zwei Versammlungen abgehalten, welche in der Presse nicht die Beachtung gefunden haben, welche ihnen zukommt. Am vorigen Sonntag fand eine Bezirksversammlung des Agitationsbezirks Köln und Mülheim statt, in der 700 Mitglieder vertreten waren. Hier sprach Döring, der in der christlichen Arbeiterbewegung angesehene Vorsitzende des Agitationsbezirks, die auch an die Adresse einiger Centrumskleute gerichteten Worte, man werde bald einsehen, daß die katholischen Arbeiter nicht dazu da seien, zum Spielzeug Ein-

zelner zu dienen. Deutlicher war derselbe Redner in einer am Abend desselben Tages in Widenorf abgehaltenen öffentlichen Versammlung des Verbandes. Döring erklärte nach der „Frk. Bz.“, die christlichen Gewerkschaftsmitglieder sollten sich fernerhin nicht mehr von politischen Parteien leithammeln (so wörtlich!) lassen. Bisher hatten die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften bei den Wahlen mit dem Centrum denselben Kandidaten gewählt. Das wird also, wenn die christlichen Metallarbeiter ihre Drohung wahr machen, anders werden. Und nicht nur die Metallarbeiter, auch die Mitglieder anderer christlicher Gewerkschaften sind mit dem Centrum nicht zufrieden. — Man kann eben nicht Junkerpolitik treiben und zugleich „arbeiterfreundlich“ sein.

Reuß a. L. war, wie dem „Vorwärts“ aus dem Fürstenthum geschrieben wird, der einzige Bundesstaatsrat, der in der Bundesrathssitzung vom 13. November 1900, als es sich um die nachträgliche Uebernahme der Kosten und der Verantwortlichkeit für die Chinaexpedition handelte, dagegen stimmte. Die Erklärung, die der Bundesrathsvollmächtigte abgab, hatte Fürst Heinrich XXII. selber verfaßt. In dieser Erklärung hatte er seine ablehnende Haltung mit dem Hinweis auf die Lasten und Gefahren begründet, die aus der mit der Chinaexpedition eingeleiteten Weltpolitik für das deutsche Reich erwachsen könnten. Auch gegen das Sozialistengesetz hatte Reuß a. L. f. St. im Bundesrathe gestimmt, nicht weil der Fürst das Gesetz an sich verwerblich hielt, denn er erbot sich, ein gleiches Gesetz gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in seinem Lande zu erlassen, sondern weil er darin einen Eingriff in seine höchste Polizeigewalt erblickte. Nach dem Tode des Fürsten beschäftigt die Gemüther in Reuß a. L. die Frage: Wer wird die Regentenschaft bezahlen? In der Zuschrift an den „Vorwärts“ heißt es hierüber: Der verstorbenen Fürst bezog keine Zivilliste. Nur vor 1867 erhielt er eine solche von 36 000 Thaler, wofür jedoch dem Staate die Nutzung des gesamten Kammereivermögens bis auf die Erträge der Jagd, der Wiesen u. s. w. zufiel. Als 1867 die Verfassung eingeführt wurde, wurde die Nutzung dieser Güter u. s. w. dem Fürsten zugesprochen und er verzichtete alsdann sowohl auf die Zivilliste als auch auf jede Beihilfe aus Landesmitteln zur Bestreitung der Anpanagen u. s. w. Mit diesem Verzicht hat Heinrich XXII. sein Land schuldenfrei gemacht. Da nun der § 17 der reußischen Verfassung nur von dem Landesfürsten, der auf seinen Gehalt verzichtet, spricht, nicht aber von der nicht vorausgesehenen Regentenschaft, so entsteht jetzt die Frage: Wie der neue Heinrich XIV. ebenfalls umsonst arbeiten? Eingeweihte Kreise erklären, daß der Fürst-Regent, der nicht so reich sei wie Heinrich XXII., nicht unentgeltlich regieren werde.“

Kleine politische Nachrichten. Die Zitate ins Korz werfen der nationalliberale Abgeordnete Dr. Esche, der Vertreter des Annaberger Wahlkreises. Er hat in der Generalversammlung des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen erklärt, daß es ihm unmöglich sei, wieder eine Kandidatur zu übernehmen. Was den Herrn, der als Rentier lebt, seitdem er sein Richteramt niedergelegt hat, verhindern soll, wieder zu kandidiren, ist uns nicht recht ersichtlich. Zunächst er vielleicht einen Durchfall? — Die Zolltarifkommission des Reichstages wird gleichzeitig mit der Fudersteuerkommission ihre Beratungen am 27. Mai, 9 Uhr Vormittags, wieder aufnehmen. Der Fudersteuerkommission gehören von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Bernstein, Ledebour, Schöppel und Wurm an. — Den nach dem Krositz-Process disziplinierten Unteroffizieren ist es, wie der „Nationalist“, aus Instruktion geschrieben wird, trotz des Zivilversorgungsgesetzes nicht möglich gewesen, eine Stellung im Staatsdienst zu erhalten; nur Bredsch ist die Aussicht auf Anstellung im Eisenbahndienst eröffnet, es ist jedoch ungewiß, wann er einberufen werden wird. Ja der Zuschrift wird bestritten, daß Marten und Hidel in Berlin eine Volkswirtschaft errichten wollen. — Nachdem das dänische Landsting seinen vom Beschluß des Folkethings abweichenden Beschluß bezüglich der Abtretung der westindischen Inseln wieder angenommen hat, wurde die Angelegenheit einem gemeinsamen, aus 30 Mitgliedern der beiden Kammern bestehenden Ausschuss überwiesen. — Ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem neun Personen getödtet und elf verletzt wurden, wird aus Moyenneville (Frankreich) gemeldet. Ein aus Rouen in Belgien kommender Eisenbahnzug, in welchem sich 350 Landesflüchtlinge, darunter nur ungefähr 30 Männer, befanden, entgleiste dadurch, daß der Bahndamm durch fürchterlichen Regen arggewiekt war.

Rußland.

Die Bauernrevolten. In der Nähe von Michni-Nowgorod haben die Bauern, dem „Daily Express“ zufolge, drei Regierungsgenossen gehängt. Bei einem Zusammenstoß mit den aufrehrerischen Bauern wurden zwei Bataillone Infanterie geschlagen und es ist mehrfach vorgekommen, daß die Truppen sich weigerten, auf das Volk zu schießen. Die Kosaken ließen dagegen ihrem alten Haß gegen die Bauern die Zügel schießen und schlugen etwa 300 von ihnen todt. Bei allen Gelegenheiten traten die Landleute den Truppen mit größter Entschlossenheit entgegen und kämpften mit Dreschflegeln, Mistgabeln und Aerten. In Saratow

Wegen **Aufgabe** meiner **Bremer Filiale**
muss das Lager geräumt werden.

Don **Heute** an große **Preisermäßigung.**

Schuhwaaren-Verkaufshaus **Hugo Haendler**
Breitestr. 95, Holstenstr. 21.

Bitte Schaufenster zu beachten. * Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.

Bahr & Umlandt

Inh.: **Adolf Bahr**
31 Breitestraße 31.
Reizende Neuheiten

in
Wach-Kleiderstoffen
Meter 28, 35, 48, 60, 75 bis 100 Pfg.

Woll-Kleiderstoffen
Meter 60, 75, 90 Pfg., 1 00, 1 20 bis 4 30 Pfg.

Knaben-Wach-Anzügen
90 Pfg., 1 20, 1 50, 1 90, 2 30 bis 5 70 Pfg.

Herren-Anzügen
10 50, 15 00, 18 00, 21 00 bis 36 50 Pfg.

Arbeits-Artikel

Hosen 1 40 1 80 2 20 3 00 bis 5 80 Mk.

Jacken 1 35 1 50 1 80 2 00 bis 6 00 Mk.

Blusen und Hemden

95 Pfg., 1 10, 1 30, 1 70, 1 90, 2 00 Pfg.

Bettfedern Pfd. 45, 60, 1 00, 1 50—4 00 Pfg.

Julettis Meter 38, 50, 60, 1 00 bis 3 40 Pfg.
Nähen der Julettis gratis.

Bettlaken, Bettbezüge
in allen Preislagen.

Handtücher 25, 30, 40, 50, 60 Pfg.

Hemdchen Meter 16, 20, 25, 30, 38 Pfg.

Schürzen, Corsets, Unterröcke
in besonders großer Auswahl.

Das grösste Lager
in

Kinderwagen

und
Sportwagen

letztes das Beste in allen Modellen
und Farben besetzt ist

Menschenstraße 18 und Kupfer-
Schmiedestraße 11.

H. Gröper.

Rindfleisch Pfd. 45 u. 50 Pfg.

Kalbfleisch Pfd. 48 -

Schweinefleisch - 65 -

Carbonade - 70 -

sowie sämtl. **Wurstwaren**

W. Strohsfeldt

Glückwiesstraße 73

Wahlstr. Nr. 14 und 15.

Friedr. Meyer's Schuhwaaren-Verkaufshaus

Hügelstraße 118

empfiehlt starkes genageltes Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhzeug zu bekannt billigen Preisen
Werkstatt für gute Maß- und Reparatur-Arbeit.

Empfehle in grosser Auswahl

Herren- u. Knaben-Garderoben

Herren-Anzüge Mk. 8 00, 11 20, 14 85, 15 85, 21 00, 28 00
bis zu den feinsten Sachen.

Knaben-Anzüge in neuen Facons und allen Grössen.

Helle und dunkle **Kattune** in hübschen Mustern

von 22 Pfg. an.

Seidene Satins, Organdis, Brokats.

Waschseide, sehr preiswerth, per Meter nur 55 Pfg.

Elfenbein baumwollen Cheviot u. Diagonal

für Jacketts, 80 Ctm. breit, per Meter 70 Pfg.

Betten, Bettfedern und Dauen,

(doppelt gereinigt) in jeder Preislage, solche Qualitäten.

Wollene Kleiderstoffe,

Unterzeuge, Sonnen- u. Regenschirme, Blusen,

Schürzen in jeder Preislage und allen Facons.

Wilhelm Bartelt

(früher bei Gustav Jäde)

11 Johannisstr. 11. 11 Johannisstr. 11.

Öffentliche Versammlung
sämtlicher Maschinisten u. Heizer

am Sonntag den 11. Mai 1902

Nachmittags 4 Uhr

im „**Concerthaus Fünfhausen**“.

Tages-Ordnung:

1. Was bezweckt der Verband der Maschinisten u. Heizer
und warum sollen wir uns demselben anschließen.

Referent: Herr Uhlemann-Hamburg.

2. Diskussion.

Sämtliche Maschinisten und Heizer sowohl von Schiffen wie von
stationären und Fabrikbetrieben sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Freie Aussprache.

Der Einberufer.

● **Fahrräder und Nähmaschinen**
reparirt gut und preiswerth
Fr. Busse
Königsstraße 98. Fernsprecher 1292.
Neue und gebrauchte Fahrräder und Näh-
maschinen zu jedem Preis.
Ruhbehörthe billigst.

Achtung!

Postdienerarbeiten!

Mitglieder-
Versammlung

am Freitag den 9. Mai 1902

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Öffentliche

Versammlung

der

Brauer

und verw. Berufsgehilfen

am Sonntag den 11. Mai 1902

Nachm. 3 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstag.

2. Berichtlesen.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Der Vorstand.

Gesellschafts-Abend

der „**freien Liedertafel**“

verbunden mit Gesangsvorträgen

am Sonntag den 11. Mai 1902

im Lokale **B. Krause, Roldinger Baum.**

Nachm. 6 Uhr. Eintritt 50 Pfg., Damenfrei. Ende 2 Uhr!

Der Vorstand.

Lübeck-Tivoli.

Fritz Renter-Theater.

Freitag den 9. Mai 1902.

Meine drei Brautens,

Sonnabend den 10. Mai 1902:

Onkel Bräsig.

Vorverkauf bei: **J. H. Lenschan,**

Gr. Burgstraße 7 und **F. W. Kaibel,**

Musikalienhandlung, Breitestraße 35.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Umgebung“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Otto Friedrich.**
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Umgebung“, sowie die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Johannes Stelling.** — Verleger: **Theodor Schwarz.**
Druck von **Friedr. Meyer & Co.** — Geschäftsstelle in Lübeck.

Die Zahl der deutschen Gewerkschaftskartelle beträgt nach der Feststellung der Generalkommission der Gewerkschaften z. Bt. 369. Im letzten Halbjahr wurden 26 Kartelle neugegründet, während 7 eingingen.

Wegen Verleumdung eines Arbeitswilligen verurteilte die Strafkammer in Köln den Redakteur der „Deutschen Wöchter-Zeitung“, Holmann in Bremen, zu einem Monat Gefängnis und den Verfasser der betreffenden Notiz zu 150 Mk. Geldstrafe. — In der That, ein weitgehender Schutz der für den Staat so nützlichen Elemente.

Gegen 60 000 italienische Arbeiter hat in diesem Frühjahr die Gotthardbahn nordwärts befördert; eine Ziffer, die in früheren Jahren nicht erreicht worden ist. Nebenbrücken bringen die Nachschneidung noch täglich Arbeitertransporte aus dem Süden, die zumeist nach Basel, von wo aus die Reise nach Deutschland, besonders nach dem Elsaß, fortgesetzt wird.

4. Generalversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Am Sonntag Abend erfolgte in der festlich geschmückten Stadthalle in Mainz unter großem Zulauf der Bevölkerung die feierliche Eröffnung der vierten Generalversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Nach Begrüßung durch den Leiter der Mainzer Fachorganisation erklärte der erste Vorsitzende, Reichstagsabg. K. Klopff-Stuttgart, die Verhandlungen für eröffnet. Nach einem kurzen Abriss der Verbandsgeschichte wurden als provisorische Vorsitzende des Verbandstages Klopff-Stuttgart und Glöck-Berlin gewählt und als Schriftführer Weiß-Mainz und Neumann-Hamburg. Die weiteren Verhandlungen wurden auf Montag, Morgens 9 Uhr, im Lokale des Turn- und Sportklubs, Ballplatz, vertagt. Der Verbandstag ist besucht von 85 Delegierten, 4 Vorstandsmitgliedern und je einem Vertreter der Redaktion, Pressekommision und des Ausschusses. 113 Vertreter der Generalkommission ist Klopff-Stuttgart erschienen und als Vertreter des österreichischen Holzarbeiter-Verbandes Johann Groß-Wien. Von einer großen Anzahl anderer fremdländischer Fachorganisationen sind Begrüßungen eingegangen. Nach Erlebung einiger geschäftlichen Angelegenheiten milderer Bedeutung erstattete der erste Vorsitzende Klopff-Stuttgart den Vorstands- und Kassensbericht, sowie Schmidt-Berlin als Vorsitzender des Ausschusses den Bericht dieser Korporation. Aus dem Vorstandsbericht, der auch gedruckt vorliegt, ist zu entnehmen, daß in Bezug auf die Mitgliederzahl ein Rückgang zu verzeichnen ist. Während im 1. Quartal 1900 noch 76 384 Mitglieder vorhanden waren, fiel diese Zahl Ende 1901 auf 67 341. Wie stark die Fluktuation unter den Mitgliedern war, geht daraus hervor, daß 1900/1901 68 786 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren, also 1439 mehr, als jetzt überhaupt Mitglieder vorhanden sind. Dagegen haben sich die Zahlstellen um 49 vermehrt, so daß deren jetzt 591 vorhanden sind. Unter den Mitgliedern befinden sich 589 weibliche. Was die Kasse anlangt, so war am 31. Dezember 1899 ein Bestand von 252 310,80 Mk. vorhanden. Die Gesamtsumme umfaßt sich exklusive Bestand vom 31. Dezember 1899 auf 1 909 272,59 Mk., die Gesamtansprüche auf 1 828 159,76 Mk., so daß eine Mehrsumme von 71 112,78 Mk. zu verzeichnen ist. Wie sehr der Vorstand sich mit Streitfragen zu befassen hatte, geht daraus hervor, daß allein in einer Vorstandssitzung nicht weniger als 35 Streits und Streitgegenstände auf der Tagesordnung standen. Besonders in kleineren Städten ist die Streitfrage oft sehr problematischer Natur. Leider ging der Münchener große Kampf um den Neuanfänger verloren, bei welcher Gelegenheit übrigens ein Darlehen von 150 000 Mk. aufgenommen werden mußte, das mittlerweile zurückgezahlt worden ist. Eine bedauerliche Meinungsverschiedenheit entstand anlässlich des Kesslerbacher Streits mit dem Frankfurter Bauvorstand, dessen Stellungnahme zu verurteilen sei. Die Urabstimmung über die Frage der Einführung der Arbeitslosenversicherung zeitigte das Resultat, daß diese letztere mit 21907 gegen 24037 Stimmen beschlossen wurde. Damit steht der Verband vor einem bedeutungsvollen Schritte, der auch zugleich eine Beitragserhöhung notwendig macht. Schmidt-Berlin ergänzte den Bericht des Vorstehenden nach verschiedenen Seiten hin, ging auf einige Differenzpunkte ein und warnte vor einer Ueberhöhung der Arbeitslosenversicherung als Vorbeugungsmittel gegen die Fluktuation im Verband. Die darauf einsetzende Debatte beschränkte sich vor der Hand lediglich auf die Lohnbewegungen in der verflochtenen Amtsperiode und von diesen nahm wieder der Kesslerbacher Streit den breitesten Raum ein. Speziell die direkt beteiligten

Delegierten warfen dem Vorstande in Streitfällen eine gewisse Eingebildetheit vor, die weggelassen müsse. Auch die Gutheißung des Münchener Streits wurde verschiedentlich kritisiert. Demgegenüber rechtfertigte der Vorstand seine Haltung in jedem speziellen Falle, und eine Reihe nicht direkt beteiligter Delegierten stimmten ihm zu. Im allgemeinen wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Bauvorstände in Streitfällen rigoros als bisher vorgehen mögen. In weniger belangreichen Fällen könne dann der Vorstand auch einmal Ausnahmen von dem starren Buchstaben des Streitreglementes machen, was jetzt beinahe niemals der Fall war. Auch möge der Vorstand in solchen Fällen, wo er die Streithewilligung nicht ertheilt hat, etwa vorliegende Gesuche um Darlehen an die betreffende Ortsverwaltung bewilligen. Demgegenüber wurde von Seiten des Vorstandes darauf hingewiesen, daß dies in der abgelaufenen Geschäftsperiode oft genug der Fall war. Nur selten kann auf eine wenn auch nur theilweise Rückzahlung solcher „Darlehen“ gerechnet werden. In Zukunft müsse konsequent gehandelt werden. Entweder werde ein Streik genehmigt und dann erfolge auch die Unterstützung oder die Genehmigung werde verweigert und dann könne auch kein Darlehen gegeben werden. Die weitere Berathung wurde alsdann auf Dienstag vertagt.

Unternehmermoral. Die „Rheinisch-Westfälische Kapitalisten-Zeitung“ erhielt am 1. Mai aus Düsseldorf folgende Zuschrift:

Eine unliebsame Begleiterscheinung des am 1. April er. zur Einführung gelangten Fortbildungsunterrichts, die aber vorausgesetzt war, ist hier zu Tage getreten. Wie nämlich aus zuverlässiger Quelle verlautet, haben die Düsseldorf-Röhren- und Eisenwerke (das größte Fabriketablisement am Platze) ihren sämtlichen, nicht 16 Jahre alten Arbeitern wegen des Fortbildungszwanges gekündigt. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß andere industrielle Werke sich zur gleichen Maßnahme entschließen. Der obligatorische Unterricht findet an zwei Nachmittagen in der Woche mit je drei Stunden statt. Man kann diese Entlassungen wegen der zu betrachtenden Betriebsstörungen keinem Schuldriellen verdenken.

Was braucht auch der Arbeiter Fortbildungsunterricht; Leben lernt er an der Fabrikordnung, Rechnen am Lohnabzug, was braucht's noch andere Bildungsinstitute neben der Fabrik? Läuft so die Unternehmermoral Sturm gegen den Fortbildungsunterricht, so dienen ihr auch die Bestimmungen über Arbeiterschutz dazu, Weh und Ach zu schreien über die darunter Leidenden — jugendlichen Arbeiter. Der Offener „General-Anzeiger“ schrieb kürzlich unter dem Stichwort: „Eine bedenkliche Folge der Arbeiterschutz-Gesetzgebung“:

Fastrecht junge, zum Theil dem Knabenalter kaum entwachsene Juchser treiben sich mäßig und auf Gelegenheit zu verbrecherischen Taten anschauend in den Straßen unserer großen Industriezentren umher. Sie bilden den starken Nachwuchs des Verbrechergeschlechtes. Wie ist es nur möglich, wird mancher fragen, daß unsere Jugend schon so bald nach dem Austritt aus der Schule auf solche Abwege gerathen kann und die Antwort darauf lautet: Müßiggang ist aller Laster Anfang! Es hat gewiß nicht in der Absicht der Gesetzgeber gelegen, durch die erlassenen Gesetze über den Schutz der jugendlichen Arbeiter diesen die Erlaubung von Beschäftigung zu erschweren, und doch haben dieselben dazu geführt, daß es für die der Schule entwachsenen jungen Leute heute sehr schwer wird, vor dem 16. Jahre in irgend einem Gewerbe Beschäftigung zu finden. Die Arbeitgeber scheuen die strengen Vorschriften und vielen Plakate, die mit der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter verbunden sind und weisen die arbeitssuchenden jungen Leute deshalb zurück.

Darum fort mit dem Arbeiterschutz, damit der Unternehmer wieder mehr Geschmach gewinnt am Kinderfleisch und der Arbeiter nicht das Himmelreich verliert.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Ein Glaser stürzte aus einem Fenster des Artushofes in Danzig herab und war sofort todt. — In Polen verurtheilte das Schwurgericht den 19jährigen Arbeitsburschen Stanislaus Pzytowshy aus Neustadt bei Pomm., welcher am 4. Februar die Kaufmannswitwe Hormas ermordete und herabte, zum Tode. — Die Strafkammer in Schwidniz (Schlesien) verurtheilte den katholischen Kantor Müde aus Delitz zu 6 Jahren Zuchthaus wegen Sittlichkeitsverbrechens an 16 Schulmädchen. — Im Bereiche der städtischen Verwaltung in Berlin ist die dritte Unterschlagung innerhalb 14 Tagen entdekt worden. Der bei der städtischen Gasanstalt angestellte Revisorschreiber Wilhelm Thilow hat durch Aneignung der Einzahlung von Kunden der Anstalt, die er in Abwesenheit des Inspektors entgegennahm, nach und nach etwa 5000 Mk. veruntrent.

Thilow, der einen leichtsinnigen Lebenswandel führte, ist verschwunden. — Bei einem Sonntag Nachmittag über Dessau niedergegangenen Gewitter wurden zwei Knaben im Alter von vier und neun Jahren durch einen Blitz veranlagt verlegt, daß ihre Aufnahme im Kreiskrankenhause nötig wurde. Montag ist ein Knabe an den erhaltenen Verletzungen gestorben. — Am Sonnabend verbrannte in Halle a. S. kurz vor seiner kirchlichen Trauung ein Pfarrer aus Jülich. Die Braut, die Tochter eines halleischen Fabrikanten, starb vor Aufregung an Herzlähmung. Der Bräutigam weilt, der „Halleischen Zeitung“ zufolge, in sehr bedenklichem Gesundheitszustande bei seinen Eltern in Jülich. — Eine verhängnißvolle Feuersbrunst wird aus Mühlheim (Ruhr) gemeldet. Dort brannte in der Nacht zum Dienstag ein Lagerstuppen nieder, in welchem mehrere Personen Unterkunft gesucht hatten. Bis jetzt sind drei Tode geborgen worden, drei Leichen befinden sich wahrscheinlich noch unter den Trümmern. — In Köln und in der Umgegend von Essen herrschte Dienstag früh leichter Schneefall, stellenweise mit Hagel untermischt. Aus Radevormwald wird starkes Schneegestöber gemeldet. Der Schneelag stellenweise fußhoch. — In Alstadt bei Köln wurde im Hause des Wirthes Bruff auf der dritten Treppenstufe eine Dynamit-Patrone zur Explosion gebracht, wodurch die Treppe barst, Thüren und Fenster, sowie die Möbel einzelner Zimmer wurden zertrümmert; glücklicherweise ging der Schlag nach außen, sonst wäre ein großes Unheil angerichtet worden. Die vorgefundene Zündschnur wurde von der Polizei beschlagnahmt. Vom Thäter fehlt bisher jede Spur. — Montag wurde während der Fahrt von Cortrecht nach Gent aus dem Postwagen des Eisenbahnzuges ein Geldsack mit 60 000 Fr. in Gold gestohlen. — Dienstag früh 6 Uhr wurde Murcia (Spanien) von einem starken Erdbeben heimgesucht, welches 15 Sekunden dauerte. Mit Schrecken sahen die Einwohner, daß viele Gebäude, darunter der Thurm der Kathedrale, wankten. Ein kleineres Kreuz über dem Eingang der Kathedrale fiel herunter. In der Kirche der Augustiner stürzten sechs Meter Dachgestirn herab. Nach dem ersten Entsetzen der Bevölkerung stürzten mit furchtbarem Geschrei die Leute auf die Straßen. Viele Gebäude haben Risse bekommen. — Ein Telegramm aus St. Thomas meldet: Der Ausbruch des Vulkan Montpelée auf Martinique dauert an. Die Lava zerstörte mehrere ungefähr 2 Meilen von Saint Pierre liegende Fabriken. Es heißt, daß hierbei ca. 150 Personen das Leben einbüßten. In Saint Pierre herrscht große Panik.

In Sachen Rietzen hatte Rechtsanwalt Victor Fraenkl die von ihm verfaßte Broschüre „Der jetzige Stand des Rechtsfalles Rietzen“ dem Staatssekretär des Reichsjustizministeriums überreicht. Dieser hatte sie an den preussischen Justizminister „mit dem Anheimsstellen der reformmächtigen Verfügung“ abgegeben. Aus dem Justizministerium ist sie dem Oberstaatsanwalt in Köln zugeföhrt worden, der bisher dem Oberstaatsanwalt in Wiesbaden Anträge stets widersprochen hat. Der Oberstaatsanwalt hat nun dem Rechtsanwält Fraenkl eröffnet, daß der Inhalt der Druckschrift den Justizbehörden zu irgend welchen weiteren Maßnahmen nach keiner Richtung hin Anlaß geben kann.

Der Ver Rath im — Hute. Der bekannte Karikaturist Harry Fürst, der gegenwärtig für Provinzialblätter Londoner Briefe schreibt, erzählt in einem seiner letzten Briefe, auf welche Weise der Berliner Berichterstatter der Londoner „Times“ in den Besitz der Geheimnisse der Berliner Konferenz des Jahres 1878 kam. Einer der Schreiber der Konferenz war im Solde des Berichterstatters und speiste jeden Abend in einem bestimmten Eskaal. Er sprach mit niemand, schaute niemand an, hing seinen Zylinder an einen bestimmten Nagel, setzte sich an einen Tisch zum Essen und las nach der Mahlzeit eifrig seine Abendzeitung. Zur gleichen Zeit that ein anderer Herr, der englische Berichterstatter, genau dasselbe. Beide Herren wurden genau beobachtet, kannten einander aber scheinbar nicht. Die beiden Hüte hingen nebeneinander an der Wand. Der Berichterstatter war zuerst fertig und nahm vom Nagel die Kopfbedeckung des Konferenzschreibers, der die geheimen Schriftstücke sorgfältig hinter dem Futter verborgen hatte. Der Schreiber ging mit dem Hute des Berichterstatters nach Hause. Dieses Kunststück mit dem Hut, das so einfach war, daß sogar Sherlock Holmes es nicht hätte entdecken können, wiederholte sich jeden Abend während der Dauer der Konferenz, und am Morgen nach jedem Konferenztage kauften die Leser in London, was die Diplomaten in Berlin unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck abgefaßt hatten, ohne, daß man dem Verräther auf die Spur kam.

was ihn unablässig beschäftigte, und die Buchstaben in dem vor ihm ausgehängten liegenden Buche häßlich und tanzten vor seinen flimmernden Blicken und stellten sich zu einem Worte zusammen, das ihm den kalten Schweiß auf die Stirn trieb: „Die! Die! Die!“

Und wenn er dann höhrend aufsprang, sich der Länge nach auf sein Bett warf und den heißen Kopf in die Kissen wühlte, um nichts zu sehen und nichts zu hören, so gabelte ihm die erregte Phantasie die qualvollsten Wahavorstellungen vor. Er sah sich entsetzt, überführt, zu einer entsprechenden Strafe verurtheilt, von allen, die ihm nahe standen, verrathet, verpöht.

Besonders qualvoll waren die Abende und Nächte. Den Tag über pflegte er ab und zu die ruhige Ueberlegung die Oberhand zu haben. Er sah, daß es niemand einfiel, auf ihn auch nur den geringsten Verdacht zu werfen. Aber des Abends, wenn er allein bei seiner Lampe saß, suchte ihn jollernde Schreckensbilder heim. Er konnte sich eines schrecklichen Jammerschreies nicht erwehren, so oft seine Stube-thür ging; und als eines Abends einmal noch spät die Thürknagel erklang, sprang er entsetzt empor. Hatte irgend ein Bursch seine Schuld an's Licht gebracht, und kam nun die Polizei, um ihn zu verhaften?

XII.

Am Tage vor dem städtischen Examen wurde Otto von der Polizei citirt, nachdem seine Eltern schon vor ihm verurtheilt worden waren. Er sah den Kriminalkommissar, der ihn verpöht, keine Ansicht über den Fall anzudeuten, wie er es bereits seinem Vater gegenüber gethan hatte. Die Mutter hatte aus Versehen die Thür aufgeschlossen, und ein Reiter, der zufällig nach ihr die Treppe hinauf-

gestiegen war, hatte die Gelegenheit benutzt, den Diebstahl anzuzuföhren.

Der Beamte lächelte überlegen und erklärte: „Ihre Bemerkung ist allerdings die nachsichtigste, Herr Referendar, und sie wäre gewiß auch zutreffend, wenn nicht ein gewisser Umstand vorläge. Ein Dieb, ein gewerbsmäßiger Dieb, würde sich niemals die Zeit genommen haben, die Geldtasche auf ihren Inhalt hin erst lange zu untersuchen, noch wäre er so bescheiden gewesen, die Hälfte der Summe zurückzulassen. Er hätte die Tasche einfach gepackt und sich damit jählennigst aus dem Staube gemacht.“

Der Angeredete blühte bestürzt auf den Sprechenden. Daran hatte er noch nicht gedacht. O Dummkopf, der er gewesen! Das mußte ja früher oder später auf seine Spur führen. Er war nicht im stande, auch nur das Geringste auf die Worte des Kommissars zu erwidern. Er fühlte, wie ihm das Blut ins Gesicht schloß, und er mußte alle seine Willenskraft aufbieten, um nicht schuldlos vor dem Beamten die Augen zu senken. Ja, endlich brachte er es sogar über sich, während er seinen Herzschlag bis zum Halbe hinauf verpöhte, die Frage an den Kommissar zu richten: „Wer kann es denn aber gewesen sein?“

Der Beamte zwakte die Lippen an und erwiderte: „Die Untersuchung wird es hoffentlich herausbringen. Ganz einfach liegt der Fall nicht. Ich habe Sie, Herr Referendar, hieher gebeten, um ein paar Fragen über Ihren Bruder an Sie zu richten. Es ist Ihr Stiefbruder, nicht wahr?“

„Ja.“

„Wie sind Ihre Beziehungen zu ihm? Ich meine, leben Sie in gutem Einvernehmen miteinander?“

Otto erwiderte. Nach kurzen Bemerkungen entgegnete er: „Im ganzen haben wir uns immer gut vertragen. Zuweilen

kamen kleine Uneinigigkeiten vor, wie das bei Brüdern ja allenthalben der Fall ist. Die Schuld daran lag wohl meistens auf meiner Seite. Mein Bruder ist ein sehr verträglicher und in jeder Beziehung guter Mensch.“

Der Kommissar sah den Sprechenden ein wenig erstaunt an. „Ist Ihnen etwas von den geschäftlichen Schwierigkeiten bekannt, fuhr er in seinem Verhör fort, „in denen Ihr Bruder sich seit einiger Zeit befinden soll?“

„Nein, nichts.“

„Gar nichts, Herr Referendar?“

Die Frage geschah in einem auffallend scharfen Ton. Dem Gefragten stieg das Blut ins Gesicht. „Ich meine, ich weiß nichts Genaues darüber,“ sagte er und setzte zögernd hinzu: „Ich erinnere mich nur, daß vor einigen Tagen die Rede davon war, mein Bruder habe meinen Vater um Geld gebeten, das er in sein Geschäft stecken wollte.“

„Ganz recht. Das war am Tage vor dem Diebstahl. Ihr Vater schlug ihm die Bitte rundweg ab. Es kam darüber zu einem Wortwechsel zwischen Ihren Eltern und Ihrem Bruder. Wissen Sie, welche Summe Ihr Bruder von Ihrem Vater verlangte?“

„Ich glaube dreitausend Mark.“

„Er verlangte drei- bis viertausend Mark,“ verbesserte der Beamte.

Otto fühlte, wie ein kalter Schauer ihm über den Rücken lief. Was sollte das heißen? Hatte man wirklich Karl in Verdacht? Aber der Beamte ließ ihm keine Zeit, über diese entsetzliche Möglichkeit nachzudenken.

(Fortsetzung folgt.)